

Immenstädter Ansichten



Informationen des CSU-Ortsverbandes Immenstadt

Oktober 2010



Ein
Schritt
in die
richtige
Richtung

Der Hofgarten hat Zukunft

von Arndt Botzenhardt – Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Der erreichte Kompromiss zwischen Bürgerinitiative und den divergierenden Strömungen im Stadtrat bringt neuen Schwung in die Zukunftssicherung des Hofgartens. Noch vor wenigen Wochen musste man damit rechnen, dass der Einstieg in eine Entwurfsplanung für eine Hofgartensanierung nur über den mühsamen und geldintensiven Weg eines Bürgerentscheides erreicht werden kann. Nun ist dies im Stadtrat fast einstimmig und mit Zustimmung der Bürgerinitiative gelungen.

Die für die Zukunft des Hofgartens wesentlichen Elemente dieses gemeinsamen Beschlusses sind:

- Es wird ein **Architektenauswahlverfahren für den Hofgarten durch den Stadtrat durchgeführt.**
- Es wird die **Entwurfsplanung für den Hofgarten als Kultur- und Veranstaltungszentrum beauftragt.**
- **Das zu beauftragende Architekturbüro stimmt seine Arbeit mit dem Büro Molt ab, welches ein zukunftsfähiges Betreibermodell erstellt.**



Hierbei ist es der CSU leicht gefallen, auch die andere Seite des Kompromisses zu akzeptieren, da wir fest davon überzeugt sind, dass nach Fertigstellung der Entwurfsplanung die Vorteile des Hofgartens gegenüber dem Schloss als Veran-

staltungshalle sowohl in finanzieller als auch in funktionaler Weise noch deutlicher werden, als diese momentan erkennbar sind.

Mit der Zusammenarbeit zwischen den planenden Architekten und dem Eventbüro Molt wird die Voraussetzung geschaffen für die Bauphase auch auf alternative Finanzierungsmodelle, wie z. B. PPP-Modelle zurückgreifen zu können.

Diesen Erfolg haben wir mitunter unserem 2. Bürgermeister Thomas Wurmbäck zu verdanken, der sich in einer Situation, in der die Kommunalpolitik in Immenstadt nur noch aus Grabenkämpfen zu bestehen schien, mit Bürgermeister Schaupp und 3. Bürgermeister Werner Oppold gemeinsam an einen Tisch setzte, um eine Lösung aus der verfahrenen Situation zu finden.

Impressum:

Herausgeber: CSU-Ortsverband Immenstadt,
Mittagstraße 6, 87509 Immenstadt,
V.i.S.d.P.: Hans-Jürgen Lauferweiler
Druck: EBERL PRINT GmbH, Immenstadt

Immenstadt - die Schulstadt im Landkreis Oberallgäu

von Rainer Hoffmann - Schulreferent

Daran wird sich nach Meinung der CSU nichts ändern. Ganz im Gegenteil! Hier ist jeder Euro richtig investiert, auch wenn man um jeden Euro streiten muss.

Grundschulen

Mit dem Konjunkturprogramm der Regierung Merkel wurde die Grundschule Stein energietechnisch saniert. Dies war der erste Schritt, nun muss der zweite folgen: den Kindern der Königseggschule eine Lernatmosphäre zur Verfügung stellen, die sie und die Eltern seit Jahren schmerzlich missen. Die Königseggschule ist der Grundschulstandort des Stadtbereichs. Ob Sanierung oder Neubau, langfristig muss eine Ausrichtung mindestens auf eine Dreizügigkeit (drei Schulklassen je Jahrgangsstufe) erfolgen. Nur so lassen sich Ganztagsklassen sinnvoll umsetzen. Das Schulamt hat mit der Genehmigung von zwei Klassen in Stein und drei Klassen in der Königseggschule in der ersten Klasse die Zeichen der Zeit erkannt.

Wer hier jetzt aus haushalterischen Gründen die Schulfamilie der Königseggschule nochmals im Stich lässt, hat mit der Grundschule Stein die falschen Hausaufgaben erledigt.

Tendenzen der Verwaltung, die Königseggschule zweizügig im Stadtgebiet zu konzipieren, entbehren jeder Realität in Hinblick auf jetzige und zukünftige Schülerzahlen.

Hauptschule

Die Hauptschule erhält den nötigen Sonnenschutz und die Erneuerung des Eingangsbereichs der Schule. Der Bedarf einer größeren Mensa im Schulbereich ist durch die Ganztagsklassen gegeben und wird weiter verfolgt werden. Diese Investition sollten aber dann erfolgen, wenn der Verbleib der Schule am bestehenden Standort sichergestellt ist. Die von den Schulleitungen Blaichach, Oberstaufen und Immenstadt getragene Lösung



der Mittelschulen birgt für Immenstadt Chancen und Risiken. Eine Hauptschule der Güte Immenstadts ist und bleibt ein starker Anziehungspunkt für die Eltern der Nachbargemeinden. Dies bedeutet mittelfristig die Stärkung des Mittelschulstandortes Immenstadt, denn nur das in der Schule gebotene Angebot und Niveau erhält die Schule.

Realschule und Gymnasium

Unverständlich der Vorschlag von Bürgermeister Armin Schaupp: Rückgabe der weiterführenden Schule aus Gründen der Zuständigkeit und der finanziellen Lage. Stadtverwaltung und Bürgermeister versuchten der Öffentlichkeit zu verkaufen, eine Rückgabe von Gymnasium und Realschule sei dringend geboten.

Erstens habe der Landkreis zu wenig Gastschulbeiträge für Unterhalt und Sanierung bezahlt und es sei per Gesetz eh seine Aufgabe, die er erfüllen müsse.

Immenstadt habe sich nun nur noch auf seine Pflichtaufgaben zu konzentrieren.

Fakt ist, dass der Landkreis dann das Immenstädter Gymnasium und die Realschule zurücknimmt, wenn auch Oberstdorf und Sonthofen die Schulen zurückgeben. Hintergrund: Der Landkreis kann dann eine gigantische Zentralschule bauen. Nun weiß aber jeder, dass Oberstdorf und Sonthofen mit eigenen Mitteln ihre Schulen sanieren. Ist Oberstdorf reicher oder kennt Oberstdorf seine Pflichtaufgaben nicht? Kann es sein, dass es ihnen - Pflichtaufgaben hin oder her - darum geht, für die Kinder wohnortnah die beste Bildungsvielfalt zu bieten? Eben genau das, was unsere Verantwortlichen vor 40 Jahren trieb, als sie dem Landkreis abrangen, weiterführende Schule in ihrem Bereich und Verantwortung übertragen zu bekommen. War das klug oder töricht? War und ist es nicht jede Anstrengung wert?

Der geplante Ausbau des Luftgeschosses im Auwaldschulzentrum ist dringend nötig. Die Schülerzahlen an beiden Schulen sprechen hier eine deutliche Sprache. Die Realschule hatte bereits in den letzten Jahren Fachräume für 2010/11 angemeldet und das Gymnasium platzt mit über 120 neuen Gymnasiasten wieder aus allen Nähten. Was andere lautstark fordern, konnte im Schulwinter 2010/11 an der Immenstädter Realschule und dem Gymnasium erreicht werden: Klassenstärken unter 25 Kinder. Soll nun am Raum gespart werden?

Der Erhalt der Schullandschaft in Immenstadt ist der CSU Geld wert, auch eine nötige Verschuldung. Diese Schulden sind die einzigen, von denen unsere Kinder jetzt und in Zukunft profitieren. Denn unsere Kinder sind der Schwerpunkt, nicht nachhaltige funktionelle Bauwerke.

Zweiter Bürgermeister Thomas Wurmbäck

Standortfaktor weiterführende Schulen

Für viele Unternehmen und Familien mit Kindern sind unser Gymnasium und Realschule ein wichtiger Standortfaktor. Diesen unter Kostengesichtspunkten aufzugeben, ist kurzsichtig und nicht die Zukunft. Insbesondere dadurch, dass durch die Gastschulbeiträge des Landkreises Oberallgäu eine vorbildliche finanzielle Unterstützung gegeben ist. Es gibt daher keinen Grund, die Verantwortung und Entscheidungskompetenz über unsere weiterführenden Schulen an den Landkreis zurückzugeben.



Realschule und Gymnasium in Immenstadt - Aufgabe der Stadt oder des Landkreises?

von Reinhard Reitzner

Um diese Frage beantworten zu können, müssen die historischen und rechtlichen Hintergründe etwas genauer beleuchtet werden. Richtig ist, dass den Sachaufwand von weiterführenden Schulen (also von Gymnasien und Realschulen) grundsätzlich Landkreise und kreisfreie Städte tragen. Anfang der 70er-Jahre hat die Stadt allerdings beschlossen, in Immenstadt ein eigenes, selbstständiges Gymnasium und eine eigene, selbstständige Realschule zu errichten. Mit Zustimmung des Landkreises hat daraufhin der Freistaat Bayern durch Verordnung diese Aufgabe der Stadt übertragen. Durch diesen Rechtsakt ist Immenstadt (abweichend vom Regelfall) originär zuständig geworden. Damit verbunden ist die Verpflichtung, den Schulaufwand, also Investitions- und Betriebskosten der Schulen, zu übernehmen. Das Lehrpersonal (einschließlich Sekretariat) wird vom Freistaat gestellt und bezahlt.

Obwohl die Gründung der weiterführenden Schulen auf eigenen Antrag erfolgt ist, ist der Landkreis bei der Kostentragung nicht außen vor. Die Stadt kann vom Landkreis Kostenersatz für diejenigen Schüler verlangen, die nicht in der Stadt Immenstadt wohnen, und zwar anteilige Betriebs- und Investitionskosten (= gesetzlicher Kostenersatz).

Abweichend hiervon können die Kommunen auch einen anderen Kostenersatz vereinbaren. Im Jahr 1989 haben sie einen neuen Vertrag über die Kostentragung geschlossen. Der Landkreis hat sich verpflichtet, für alle Schüler, also für die aus dem Landkreis und aus der Stadt, die gesetzlich festgelegte „Gastschulbeitragspauschale“ zu entrichten. Diese mathematische Rechengröße wurde gewählt, um den jährlichen Abrechnungsaufwand gering zu halten und beiden Vertragspartnern die Haushaltsplanungen zu erleichtern, weil diese Größe vorher bekannt ist und nur geringen Schwankungen unterworfen ist. Maßgeblich für die Stadt Immenstadt kann in diesem Zusammenhang nur sein: Wie hoch ist - unter Berücksichtigung der anteiligen Investitionen - das jährliche Defizit der weiterführenden Schulen.

Die Höhe der durchschnittlichen Gesamtkosten, Kostenersätze (Gastschülerbeiträge) und sonstigen Einnahmen der Jahre 1993 bis 2007 ergibt sich aus der nebenstehenden Grafik. Hier ist auch der Betrag ausgewiesen, den der Landkreis aus der gesetzlichen Regelung zu tragen hätte. Im Durchschnitt hat der Landkreis rund 740.000 Euro pro Jahr bezahlt, der gesetzliche Kostenersatz wäre nur ca. 410.000 Euro gewesen. Noch nicht berücksichtigt in dieser Übersicht ist der Eigenanteil der Stadt Immenstadt für Investitionen in den

Jahren 2008/2009 in Höhe von 2,36 Mio. Euro. Rechnet man diese Investitionskosten betriebswirtschaftlich (also bezogen auf eine Nutzungsdauer von 30 bis 40 Jahren) anteilig den jährlichen Gesamtkosten hinzu, wird trotzdem deutlich, dass sich die jährliche Belastung für die Stadt aus dem selbstbestimmten Bildungsangebot in Grenzen hält. Ganz deutlich wird auch, dass sich der Landkreis als fairer Partner bei der Mitfinanzierung erwiesen hat.

Wie sieht es nun in der Zukunft aus?

In ersten groben Kostenschätzungen stehen zweistellige Millionenbeträge für Generalsanierung oder Neubau an Gymnasium und Realschule im Raum. Es gilt, die (finanziellen) Auswirkungen auf die Stadt objektiv zu analysieren und nicht aus einem „gefühlten“ Sparzwang heraus Entscheidungen zu treffen, die weitreichend und unumkehrbar sind. Dazu muss - jeder für sich - entscheiden, ob die weiterführende Schullandschaft auch andere wichtige Komponenten hat als nur die finanzielle Belastungsseite.

Ist man davon überzeugt, dass ein breites Angebot von weiterführenden Schulen einen bildungspolitischen Standortvorteil darstellen und die Stadt diesen selbst bestimmen sollte?

Sieht man einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen z.B. für die Ansiedlung von Gewerbe (Wohnort nahe Ausbildung, kurze Schulwege)?

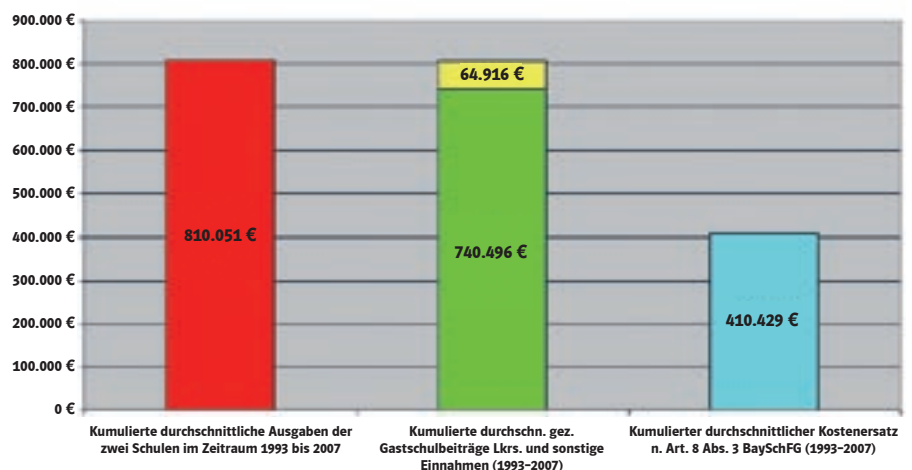
Sind Gymnasium und Realschule wichtig für die Erhaltung unserer mittelzentralen Strukturen und Funktionen?

Will man weiterhin die Nutzung der Sportanlagen und der Dreifachturnhalle am Schulzentrum den Sportvereinen kostenlos zur Verfügung stellen? Der Landkreis müsste für die Benutzung (kostendeckende) Gebühren verlangen!

Die Verwaltungsgemeinschaft Buchloe im Landkreis Ostallgäu hat jahrelang um ein Gymnasium gekämpft und mit „großer Freude“ die erst kürzlich getroffene Entscheidung aufgenommen, dass in Buchloe ein Gymnasium errichtet wird - „der Traum vom eigenen Gymnasium ist in Erfüllung gegangen“ ist in Berichten über den Förderverein Gymnasium Buchloe e.V. zu lesen. Auch wenn die Trägerschaft anders geregelt ist als in Immenstadt, beteiligt sich Buchloe (freiwillig) mit über 4 Mio. Euro an den Investitionskosten! Die Buchloer glauben offensichtlich daran, dass ein Gymnasium einen Wettbewerbsvorteil darstellt und vorhandene Strukturen stärkt.

Wenn wir daran glauben, dass sich mittelfristig die Leistungsfähigkeit der Stadt wieder auf ein Normalmaß - ohne überzogene Erwartungen - einpendeln wird, werden wir - wie in der Vergangenheit - auch finanziell in der Lage sein, die bildungspolitischen Rahmenbedingungen selbst zu gestalten. Eine Diskussion, die ausschließlich an prognostizierten Schuldenständen und auf der Basis der derzeitigen schwierigen finanziellen Lage geführt wird, bringt uns nicht weiter. Beenden wir die Diskussion über Rückgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis und lassen Sie uns verhalten optimistisch in die Zukunft schauen.

Immenstadt
Kumulierte Übersicht Realschule/Gymnasium
(laufender Schulaufwand einschließlich Investitions- und kalkulatorischer Kosten)



Aus der Grafik wird deutlich, dass Immenstadt bezüglich Unterhalt und Investitionen der weiterführenden Schulen durch die Gastschulbeiträge des Landkreises Oberallgäu ausreichend unterstützt wird.

Haushalt 2010 auf gutem Weg

von Markus Kössel – Stadtrat

„Was lange währt, wird endlich gut“

Nachdem es noch im Juli so ausgesehen hatte, als ob die Kompromissvorschläge der CSU ungehört blieben, ist es während der Sommerpause, aufgrund der Initiative von Thomas Wurmbäck (CSU) und Werner Oppold (Grüne) gelungen, mit Herrn Schaupp und den anderen Fraktionen einen tragfähigen Haushaltskompromiss zu finden.

Der Konflikt um den Haushalt hatte sich im Wesentlichen an dem Plan für zukünftige Investitionen entzündet. Herr Schaupp hatte ursprünglich vor, die Projekte in eine Liste A und B aufzuteilen. Aus Sicht der CSU war dies unnötig und hätte dem Stadtrat viel Flexibilität in seinen Entscheidungen gekostet. Zudem fanden sich viele Projekte, welche die CSU für wichtig erachtet auf der B-Liste, während Bürgermeister Schaupp seine Projekte auf die A-Liste gesetzt hatte.

Kompromissbereitschaft hatte die CSU beim Haushalt schon frühzeitig gezeigt



und die Zustimmung zu einer Höchstgrenze der Verschuldung der Stadt Immenstadt signalisiert. Im Gegenzug erwarteten wir allerdings Einsparungen in allen Haushaltsbereichen und den Verzicht auf die Investitionslisten A und B.

In der Sommerpause fand dann doch endlich eine Annäherung statt, so dass ein Kompromiss möglich wurde.

Zweiter Bürgermeister Thomas Wurmbäck betonte, dass nun Projekte, welche der Bürgermeister auf die nachrangigere Liste B gesetzt hatte, wie zum Beispiel:

- die Generalsanierung oder den Neubau der Königsegg-Grundschule
- die Zukunft der Hofgarten-Stadthalle
- die Sanierung des Freibades am Kleinen Alpsee

nicht vom Tisch sind, sondern weiter gleichrangig vorangetrieben werden können.

Somit kann Immenstadt wieder nach vorne schauen und der Stadtrat die nächsten Aufgaben angehen. Eine echte Herkulesaufgabe werden die im Finanzplan ausgehandelten Einsparungen für den Verwaltungshaushalt von 400.000 Euro bis zum Jahr 2013 sein. Dies wird nicht einfach werden, aber bei einem Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes von ca. 30 Millionen Euro sind diese 400.000 Euro nicht einmal 1 ½ Prozent – wenn alle an einem Strang ziehen – eine lösbare Aufgabe.

Der Tabubrecher

von Stephan Schaumann

Einer, der wie kein Zweiter für eine offene, junge CSU steht, ist Karl-Theodor zu Guttenberg. Schon als Wirtschaftsminister in der Großen Koalition startete er durch und eroberte in kürzester Zeit die Spitze der Beliebtheitsskala unter den deutschen Politikern. Auch im schwierigen Amt des Verteidigungsministers ist der Zuspruch der Bevölkerung ungebrochen. Fragt man sich, warum Karl-Theodor zu Guttenberg in der Bevölkerung ein so hohes Ansehen genießt, fallen einige Dinge besonders auf. Zum einen hält er sich nicht – wie viele seiner Kollegen – mit den üblichen medien-gerechten, politischen Floskeln auf. Zu Guttenberg benennt die Dinge so wie sie sind. Und wenn bei den Soldaten der Afghanistankonflikt als Krieg empfunden wird, scheut er sich auch nicht davor, diesen Einsatz als Krieg zu bezeichnen – egal, wie er rechtlich eingestuft wird.

Ein weiteres Tabu hat der Verteidigungsminister mit dem Thema „Wehrpflicht“ gebrochen. Seit Jahren wird über die Wehrgerechtigkeit in Deutschland diskutiert. Konsequenzen hat allerdings bisher kein Politiker daraus gezogen. Karl-Theodor zu Guttenberg hat nun ein Konzept vorgelegt, das die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umwandelt. Ein Konzept, das bei den Anhängern der Wehrpflicht auf wenig Gegenliebe stieß. Gerade in der CSU ist die

Wehrpflicht für viele Mitglieder ein sehr wichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Doch der Verteidigungsminister konnte die meisten seiner Kritiker überzeugen und setzte sich auch gegen seinen Parteivorsitzenden durch.

Dieses unvoreingenommene Herangehen an Probleme und die Bereitschaft, seine eigenen Positionen auch gegenüber anderen zu vertreten ohne allen nach dem Mund zu reden, sind sicherlich die wesentlichen Gründe für Karl-Theodor zu Guttenbergs große Beliebtheit.



Zitat: zu Guttenberg im Bericht aus Berlin (ARD) vom 19. September 2010:

„Wenn man eine Überzeugung gewonnen hat, sollte man sie vertreten...“, die Menschen erwarten, „dass man eine Position durchsetzt... und Realitäten nicht beschönigt.“